

Sri Lanka: Ehemalige LTTE- Mitglieder

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 7. August 2024

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2024 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Situation für ehemalige LTTE-Mitglieder	4
3	Reintegration von ehemaligen LTTE-Mitgliedern	6
4	Denunziation von ehemaligen LTTE-Mitgliedern	7
5	Quellen	7

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Gibt es Informationen darüber, dass ehemalige Mitglieder der «Liberation Tigers of Tamil Eelam» (LTTE) Gefahr laufen können, nach 15 Jahren von den Sicherheitskräften dafür belangt zu werden, nach Kriegsende nicht an den Wiedereingliederungsprogrammen (das heisst Aufenthalt in einem sogenannten Rehabilitationslager) der Regierung teilgenommen zu haben?
2. Sind Fälle von ehemaligen LTTE-Mitgliedern bekannt, die nach 2009 unerkannt und unbemerkt von den Sicherheitskräften in Sri Lanka eine neue Existenz aufbauen konnten?
3. Gibt es Hinweise darauf, dass mutmassliche ehemalige Mitglieder der LTTE, welche nicht an Wiedereingliederungsprogrammen teilgenommen haben, auch aktuell (2024) noch bei den Behörden dafür denunziert werden?

2 Situation für ehemalige LTTE-Mitglieder

«Rehabilitationslager». Das *Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation* (ACCORD) berichtet mit Bezug auf das australische *Department of Foreign Affairs and Trade* (DFAT), dass seit dem Ende des Konflikts im Jahr 2009 über 12'000 ehemalige Kämpfer*innen der sogenannten «Liberation Tigers of Tamil Eelam» (LTTE) eine «Rehabilitation» in sogenannten «Rehabilitationslagern» durchlaufen hätten. Seit November 2020 sollen sich laut offiziellen Angaben keine ehemaligen LTTE-Kämpfer*innen mehr in dem Programm befinden. Ein neueres «Rehabilitations»-Gesetz soll es den Behörden aber erlauben, drogenabhängige Personen, ehemalige Kämpfer*innen, Mitglieder von gewalttätigen extremistischen Gruppierungen sowie «jede andere Personengruppe» in vom Militär betriebenen «Rehabilitationszentren» zu inhaftieren. Laut den Angaben des sri-lankischen Justizministeriums soll das Gesetz nur gegen «Drogendelinquent*innen» angewendet werden (ACCORD, 2023). Im Januar 2024 berichtete das *UN Office of the High Commissioner for Human Rights* (OHCHR) von einer als «Yukthiya» bekannten Sicherheitsoperation. In deren Rahmen wurden Tausende im Zusammenhang mit Betäubungsmitteldelikten straffällig gewordene Personen aus marginalisierten sozioökonomischen Gruppen willkürlich verhaftet und Hunderte von ihnen in vom Militär betriebenen «Zwangsrehabilitationszentren» inhaftiert (OHCHR 2024).

Auch aktuell Verhaftungen von Personen mit «Verbindungen» zur LTTE. Das *US Department of State* (USDOS) macht in seinem aktuellen Bericht vom April 2024 Angaben über mindestens 15 Verhaftungen im Rahmen des Anti-Terror-Gesetzes «Prevention of Terrorism Act» (PTA). Dazu gehörten neun Tamil*innen, die im November 2023 wegen der angeblichen Verwendung von illegalen Symbolen und Bildern, welche die LTTE verherrlichen, während der Teilnahme am «LTTE Great Heroes Day» festgenommen wurden. Dabei handelt es sich um eine alljährliche Gedenkveranstaltung für die gefallenen LTTE-Kämpfer*innen (USDOS, 2024).

Überwachung ehemaliger Mitglieder der LTTE. Im ganzen Land, vor allem aber im Norden und Osten, berichteten laut USDOS Tamil*innen, dass die Sicherheitskräfte regelmässig Mitglieder ihrer Gemeinschaft überwachten und schikanierten, insbesondere Aktivist*innen, Journalist*innen, Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen sowie mutmassliche ehemalige LTTE-Mitglieder (USDOS, 2024). ACCORD berichtet mit Bezug auf DFAT, dass die «Behörden detaillierte Geheimdienstinformationen über frühere LTTE-Mitglieder, Unterstützende und andere Separatist*innen sammelten und aufbewahrten, einschliesslich elektronischer 'Stop- and Watch'-Datenbanken» zu Personen, gegen die ein Gerichtsbeschluss, ein Haftbefehl oder eine Anordnung zur Einziehung ihres Reisepasses vorliegt. Dasselbe treffe auch auf Personen zu, die im Hinblick auf ihre «separatistischen Aktivitäten» das «Interesse» der Behörden wecken (ACCORD, 2023). Laut dem *United Nations High Commissioner for Human Rights* werden ehemalige LTTE-Kader, einschliesslich Frauen, intensiv überwacht, unabhängig davon, ob sie das «Rehabilitationsprogramm» der Regierung durchlaufen haben oder nicht (HRC, 2022). Das von ACCORD zitierte *Schweizer Staatssekretariat für Migration* (SEM) stellt in einem Bericht vom Juli 2021 fest, dass nicht alle ehemaligen LTTE-Mitglieder gleichermassen der Überwachung durch die Sicherheitskräfte ausgesetzt seien. Darüber hinaus, so ein im SEM-Bericht zitiertes ehemaliges LTTE-Mitglied, würden «nicht alle die Überwachung als grosses Problem oder als Gefahr wahrnehmen» (ACCORD, 2023). Die SFH berichtete 2020, dass ehemalige LTTE-Mitglieder häufig von den Behörden überwacht würden. Personen, die innerhalb der LTTE einen hohen Bekanntheitsgrad hatten, müssten noch verstärkt mit einer solchen Überwachung rechnen. Zahlreiche ehemalige LTTE-Mitglieder müssten sich demnach regelmässig auf Polizeistationen melden (SFH, 2020).

Entführungen und Folter. Verhöre zu Verbindungen zur LTTE. Im Laufe des Jahres 2023 berichteten laut USDOS (2024) zivilgesellschaftliche Organisationen, dass einige im Norden lebende Tamil*innen behaupteten, die Polizei habe sie illegal festgenommen, gefoltert und sie zu mutmasslichen Verbindungen zur LTTE oder zur Teilnahme an Protesten befragt (USDOS, 2024). Das *International Truth and Justice Project* (ITJP)¹ beschrieb in einem Bericht im Mai 2024, dass in den Jahren 2021 und 2022 mehrere Tamil*innen von Sicherheitskräften entführt und festgehalten worden seien. ITJP hat über 100 derartige Fälle aus den Jahren zwischen 2015 bis 2022 dokumentiert. Bis auf eine Handvoll wurden alle Inhaftierten zu Themen befragt, die mit der LTTE in Verbindung standen; dies, obgleich die Hälfte der Inhaftierten nie etwas mit ihr zu tun hatte. Die Betroffenen wurden zu ihren angeblichen aktuellen oder ehemaligen Verbindungen zur LTTE in Sri Lanka oder im Ausland befragt. Die Fragen betrafen Themen wie Versuche, die militante Organisation zu umgruppieren und finanziert zu haben, zu Waffenverstecken der Gruppe oder mutmassliche familiäre Verbindungen zu LTTE-Mitgliedern. Während 130 der 139 dokumentierten Verhöre wurden die Betroffenen gefoltert, zumindest aber schwer geschlagen. Sexuelle Folter wurde laut ITJP häufig angewendet. Die meisten der Betroffenen seien gegen Zahlung einer gewissen Geldsumme wieder auf freien Fuss gesetzt worden und hätten Sri Lanka anschliessend verlassen (ITJP, 2024).

ITJP hat unter anderem dokumentiert, dass Personen entführt und gefoltert wurden, die eine rangniedere Mitgliedschaft in der LTTE hatten, die sie vorgängig den Behörden

¹ Das ITJP ist eine unabhängige, internationale, non-profit Organisation, die seit 2013 für den Schutz und die Förderung von Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht in Sri Lanka arbeitet. ITJP setzt sich aus preisgekrönten Menschenrechtsanwält*innen, Journalist*innen, Forscher*innen sowie Traumaexpert*innen zusammen, die gemeinsam Kriegsverbrechen und anhaltende Menschenrechtsverletzungen dokumentieren. International Truth and Justice Project (ITJP) About, Webseite, ohne Datum (Zugriff am 7. August 2024): <https://itjpsl.com/about>.

nicht angegeben und auch keine «Rehabilitation» durchlaufen hatten. Die SFH hat 2021 spezifisch zu diesen von ITJP dokumentierten Entführungen recherchiert und von einer Kontaktperson von ITJP ausführlich einige Profile abgefragt. Demnach hat ITJP zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen ehemalige LTTE-Mitglieder entführt und gefoltert wurden. Darunter waren auch Personen, die die LTTE vor langer Zeit verlassen hatten, welche aber weiterhin bei den Behörden «negatives» Interesse zu wecken schienen. Im ebengenannten Bericht von 2021 wird auch auf frühere Berichte von ITJP verwiesen, wonach auch eine «schwache» Verbindung zur LTTE dazu führen konnte, dass Personen entführt und gefoltert wurden: In dokumentierten Fällen hatten Betroffene nur eine «schwache» Verbindung zur LTTE oder eine rangniedere Mitgliedschaft, die sie vorgängig den Behörden nicht angegeben hatten, ausserdem hatten sie keine «Rehabilitation» durchlaufen (SFH, 2021).

Grosser Druck auf ehemalige LTTE-Mitglieder durch Sicherheitskräfte. Auch eine zuvor durchlaufene «Rehabilitation» verhindert diese nicht. Die SFH berichtete im Jahr 2020 mit Bezug auf die Informationen von Kontaktpersonen, dass eine ungleiche Anwendung der Gesetze in Bezug auf ehemalige LTTE-Mitglieder zu beobachten war. Mithilfe der Kenntnis zahlreicher Informationen über die Hintergründe ehemaliger LTTE-Mitglieder könnten die Sicherheitskräfte demnach grossen Druck auf ehemalige LTTE-Mitglieder ausüben, indem sie ihnen mit einer Strafverfolgung drohten. Dies ermögliche es den Sicherheitskräften, ehemalige LTTE-Kämpfer leicht zu manipulieren und zur «Kollaboration» zu zwingen. Auch wenn die Betroffenen bereits eine «Rehabilitation» in einem Lager durchlaufen hätten, bewahre sie das Betroffene nicht davor, Zielscheibe solcher Druckversuche durch Sicherheitskräfte zu werden. So werde ehemaligen LTTE-Mitgliedern, die sich einer «Rehabilitation» unterzogen hätten, keine Amnestie gewährt, sondern sie riskierten, jederzeit wieder verhaftet zu werden. Ehemalige LTTE-Mitglieder stünden demnach unter starker Kontrolle und müssten sich nach ihrer Rehabilitierung «absolut einwandfrei» verhalten, um nicht wieder ins Visier der Behörden zu geraten (SFH, 2020).

Willkürliche Anklagen und Verhaftungen. Ex-LTTE-Mitglieder als «leichte Ziele». Die SFH berichtete 2020 mit Hinweis auf Informationen von verschiedenen Kontaktpersonen vor Ort, dass ehemalige LTTE-Mitglieder ein «leichtes Ziel» der Strafverfolgungsbehörden seien. So könnten sie leicht aus Gründen, die sich ihrer eigenen Kontrolle entzögen, verhaftet werden. Ehemalige LTTE-Mitglieder könnten ohne Weiteres gewöhnlicher Verbrechen wegen willkürlich oder gar fälschlicherweise angeklagt werden und so als Sündenböcke dienen (SFH, 2020).

3 Reintegration von ehemaligen LTTE-Mitgliedern

Reintegration von ehemaligen LTTE-Mitgliedern mit geringem Bekanntheitsgrad. Das DFAT beschreibt laut ACCORD, dass die meisten ehemaligen LTTE-Mitglieder nach Abschluss des «Rehabilitationsprozesses» zwar in der Lage waren, sich wieder in ihre Gemeinschaften zu integrieren, dass aber für einige, vor allem im Norden, weiterhin Herausforderungen bestanden hätten. Die meisten der ehemaligen LTTE-Mitglieder, die aus der «Rehabilitation» entlassen wurden, seien so wieder in ihre Gemeinschaften im Norden und Osten aufgenommen worden, obwohl der Verdacht bestanden habe, dass sie unter Druck gesetzt werden könnten, als Informant*innen für die sri-lankischen Behörden zu arbeiten. Das DFAT schätzte ein, dass für ehemalige LTTE-Mitglieder mit geringem Bekanntheitsgrad ein

geringes bis mittleres Risiko gesellschaftlicher Diskriminierung besteht. Die gesellschaftliche Diskriminierung ehemaliger LTTE-Mitglieder hänge dabei auch mit der Kastenzugehörigkeit zusammen, da die Mehrheit der ehemaligen LTTE-Mitglieder einer niedrigen Kaste angehöre. Lokale Quellen berichteten DFAT dagegen, dass ehemalige LTTE-Mitglieder sehr vulnerabel seien und anhaltende Schwierigkeiten hätten, sich in die Gesellschaft zu reintegrieren. Arbeitslosigkeit sei unter ihnen weit verbreitet. Es wurde auch berichtet, dass Arbeitgebende aus Angst davor, von den Behörden überwacht zu werden, zögerten, bekannte ehemalige LTTE-Mitglieder einzustellen (ACCORD, 2023).

4 Denunziation von ehemaligen LTTE-Mitgliedern

Hinweise darauf, dass auch aktuell mutmassliche ehemalige LTTE-Mitglieder noch bei Behörden denunziert werden. Denunziation kann möglicherweise auch als Racheakt erfolgen. Kontaktperson Z, die in Sri Lanka im Norden des Landes im Bereich Menschenrechte tätig ist, gab der SFH gegenüber am 7. August 2024 per Instant-Messenger an, dass es möglich sei, dass ehemalige LTTE-Mitglieder, die kein «Rehabilitationslager» durchlaufen hätten, auch aktuell noch bei den Behörden denunziert werden. Kontaktperson Z ist der Fall eines ehemaligen LTTE-Mitglieds bekannt. Die betroffene Person hatte damals einen hohen Rang innerhalb der LTTE bekleidet, hielt nach 2009 ihre ehemalige Mitgliedschaft jedoch geheim. Die LTTE-Vergangenheit der betroffenen Person sei aber vor Kurzem von Unbekannten den Behörden gemeldet worden. Die betroffene Person sei daraufhin geflohen. Nach Einschätzung von Kontaktperson Z ist es möglich, dass Denunziationen auch als Racheakte erfolgen können. Sie betont, dass ehemalige LTTE-Mitglieder die vulnerabelste Gruppe darstellen. Weibliche Mitglieder seien besonders davon betroffen. Kontaktperson Z wies darauf hin, dass die Sicherheitskräfte auch aktuell noch Überwachungsaktivitäten durchführten. So habe sie beispielsweise vor einem Monat festgestellt, dass sie selbst ebenfalls vermutlich aufgrund ihrer Menschenrechtsarbeit überwacht werde (Auskunft via Instant-Messenger vom 7. August 2024 von Kontaktperson Z).

5 Quellen

ACCORD, 2023:

«The Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) in two reports to the UN Human Rights Council (HRC) published in March 2022 and October 2022, respectively, notes that it received reports on the ongoing surveillance of former LTTE members, including those having undergone a state “rehabilitation” programme [...] Moreover, the DFAT states that according to its sources the “authorities collect and maintain sophisticated intelligence on former LTTE members, supporters and other separatists, including ‘stop’ and ‘watch’ electronic databases”, for individuals with an existing court order, arrest warrant, or order to confiscate their passport and those considered “to be of interest”, including for separatist activities (DFAT, 23 December 2022, p. 24). On the other hand, DFAT observes that “[f]ormer LTTE members face no legal barriers to participating in public life, including politics”, giving the example of the Crusaders for Democracy Party, that was formed by ex-combatants and ran for the 2015 parliamentary elections (but did not win any

seats) (DFAT, 23 December 2021, p. 24-25). The **Swiss State Secretariat for Migration (SEM) in a July 2021 report notes that not all former LTTE members are equally facing surveillance by the security forces. Moreover, according to a former LTTE member quoted in the report, not all would perceive it as a major problem or danger**

[...]

1.3 Rehabilitation centres

In October 2022, Human Rights Watch (HRW) informs about a draft law by the Government of Sri Lanka (GoSL), the so-called Bureau of Rehabilitation Bill. The **bill, if adopted, would reportedly allow authorities to detain “drug dependant persons, ex-combatants, members of violent extremist groups and any other group of persons” in military-operated “rehabilitation” centres. HRW notes that similar centres had been established by the government after its defeat of the separatist Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), where people identified as members of the LTTE had been detained and some of them allegedly submitted to torture and other forms of abuse (HRW, 17 October 2022). An amended version of the bill was eventually adopted in mid-January in a “virtually empty” parliament with only 29 MPs present (23 of them voting in favour and 6 against the bill). Amendments had been introduced after the Supreme Court had found the draft law unconstitutional (Colombo Gazette, 18 January 2023), and the Justice Minister reportedly assured that the bill would be applied “to drug offenders only”, however, as of January 2023, reportedly concerns over the bill’s provisions remain (The Sunday Times, 22 January 2023). The DFAT notes that the Sri Lankan government had set up rehabilitation centres for former LTTE members who had surrendered to the authorities and “to assist them to adjust to a life after war, with a focus on vocational training” (DFAT, 23 December 2021, p. 25), while the Irish Times in a January 2021 article mentions the “psycho-social profiling that ex-Tigers underwent, followed by vocational training including masonry, carpentry, computer technology and food preparation”, as described by the Commissioner General of Rehabilitation (The Irish Times, 26 January 2021). According to official statistics quoted by the DFAT, 12,191 former LTTE members (including 2,265 women) had completed rehabilitation as of March 2019 (DFAT, 23 December 2021, p. 25). SEM notes that according to the Commissioner General of Rehabilitation, as of November 2020 there were no more former LTTE members participating in the rehabilitation program (SEM, 29 July 2021, p. 35), while the Irish Times in January 2021 quotes the Commissioner saying that “only a negligible number” remained in the rehabilitation centres (The Irish Times, 26 January 2021).**

[...]

The DFAT describes that although most former LTTE members after completing the rehabilitation process were able to re-integrate into their communities, for some, especially in the north, challenges persisted: “Most former LTTE members released from rehabilitation have been accepted back into their communities in the north and east, despite some suspicion that they may be pressured to act as informants for Sri Lankan authorities. There is an acknowledgement within the Tamil community that many people were forced to participate in LTTE activities against their will. DFAT assesses that low-profile former LTTE members face a low to moderate risk of societal discrimination. Societal discrimination against former LTTE members is also related to caste, as the majority of former LTTE members are lower caste. Former LTTE members can readily access government services. 6 Local sources in the north characterised former LTTE members as the most vulnerable and neglected segment of the Tamil population. Former LTTE members face ongoing challenges reintegrating fully into society. Sources told DFAT that unemployment among this cohort, particularly the women, is high. Many, even those who received vocational education as part of the post-war rehabilitation process, lack the

skills to find and hold meaningful employment, and some have reportedly resorted to criminal activities. Reluctance by employers to hire known former LTTE members, for fear of inviting monitoring by the authorities, is also reported as a factor. In-country sources said that the lack of economic options experienced by former LTTE members meant that some had become paid informers for the authorities. Anecdotal evidence indicates that mental illness linked to the war is prevalent among former LTTE members. Those with disabilities sustained during the war receive minimal state support, if any at all.” (DFAT, 23 December 2021, p. 27)» Quelle: Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD), Sri Lanka: Situation of Tamils with links to the Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE); situation of family members of former LTTE members; Query Response [a-12075-1], 16. Februar 2023, S. 3-5: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2087292/a-12075-1.pdf>.

HRC, 2022:

«Former Liberation Tigers of Tamil Eelam cadres, including women, are subject to intensive surveillance, regardless of whether they have undergone the Government’s “rehabilitation” scheme or not. Female ex-combatants still face serious security risks, including sexual abuse and extortion, by security forces and others. The High Commissioner fears that, without fundamental security sector reforms and the demilitarization of the north and the east, the pervasive culture of surveillance and oppressive environment for the people in these areas will continue.» Quelle: UN Human Rights Council (formerly UN Commission on Human Rights) (HRC), Situation of human rights in Sri Lanka; Comprehensive Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights [A/HRC/51/5], 4. Oktober 2022, S. 7: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2078443/G2251179.pdf>.

ITJP, 2024:

*«It supports the conclusions of other research that showed, years after the end of the war, Sri Lankan security forces act as though young Tamil men and woman peacefully exercising their political rights pose a national security threat. The report shows that many of the same methods of disappearance and torture conducted against the surrendering LTTE fighters and the Tamil civilian population by security forces in the years immediately after the end of the war remain common till this day. **This report analyses statements of 123 Tamils, 109 males and 14 females, with most aged between 20-39 years of age, who between 2015 and 2022 were unlawfully picked up and detained by Sri Lanka security forces a total of 139 times. Whilst most were detained once, 12 were detained twice and 2 were detained three times. The detentions lasted from between one day to as long as one and a half years, with most detentions lasting for a month or less. The Tamil victims now all live outside Sri Lanka. In 65 of the 139 detentions, the person was picked up by law enforcement officers from their own or a relative’s home, witnessed by their relatives. In most of the other cases, they were picked up whilst travelling home or to their work. In almost all cases, the detained person was picked up by men in civilian clothes, but the detainee could not be certain which law enforcement agency the men worked for. In at least 67 of the 139 detentions, the security officers specifically asked for the person by name. In practically all the cases, the detainees were blindfolded, with their hands tied behind their back and put into a van, mostly white. Apart from a few cases, they were taken to an unknown location***

and families were not told where they were being taken. **All the detainees were subject to interrogation. In most cases, the questioning took place in a room separate from the room where they were kept in the detention centre. In only a few cases, did the detainees hear voices of other detainees present at the same time as them. Apart from a handful, all the detainees were questioned about issues relating to the LTTE – though half of the detainees never had any association with it. The detainees were questioned about their alleged current or historical links to the LTTE within Sri Lanka or abroad, purported attempts to regroup and fund the militant organisation, about the group's hidden weapons or their family links to it. They were also questioned about their involvement in legitimate peaceful political activity including attendance at Tamil protests and remembrance meetings or their support for the Tamil National Alliance, or other Tamil political parties. In 130 of the 139 detentions, interrogation involved torture, which at the very least involved being severely beaten. In 85 cases they were also asphyxiated with a polythene bag; in 47 cases they were burnt by cigarettes or other heated materials; 46 were subject to forced drownings and in 32 cases they were suspended by ropes. In 85 cases, the detainees were subject to multiple forms of torture. **Sexual torture was also frequently used. 91 detentions, including all but one of the female detainees, involved sexual torture.** 82 detentions involved at least one of at least five kinds of sexual violence: the squeezing of genitals; forced oral sex; penile rape; anal rape with a rod; and forced masturbation. 51 detentions involved rape, 11 using rods. 40 of the rapes involved men and 11 were women. 55 of the 139 detentions ended with the detainee being forced to sign a written confession - following days, weeks or months of torture and threats. In 50 cases, the detainee said they were forced to sign a document written in Sinhala, a language they could not read. In four of the 139 detentions, the detainee escaped, and in six cases the detainee was simply released. However, in all the other cases, the detainee was blindfolded, put into a vehicle and taken to a place where they were "informally" released into the hands of family members following a payment by the family. In 41 of the 139 detentions, The Eelam People's Democratic Party (EPDP) was said by the victim to be involved in negotiating the release with their family. Except for a few cases where the person was released within one day, the detainees were all victims of enforced disappearance.» Quelle: International Truth and Justice Project (ITJP), Disappearance, Torture and Sexual violence of Tamils, 2015-2022, 8. Mai 2024, S. 4-5: https://itjpsl.com/assets/ITJP_torture_report-FINAL-2024.pdf.**

OHCHR, 2024:

«They deplored reported cases of **arbitrary arrests of thousands of drug offenders from marginalised socio-economic groups, and the detention of hundreds in compulsory military-run rehabilitation centres. Torture and ill-treatment were also reported during the security operation known as 'Yukthiya'.**» Quelle: UN Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), UN experts call on Sri Lanka to immediately suspend and review 'Yukthiya' anti-drug operation, 22. Januar 2024: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2104628.html>.

SFH, 2021:

«Risikoprofil entspricht denjenigen der Fälle von ITJP: Ehemalige LTTE-Mitglieder, auch lange zurückliegende Verbindungen zur LTTE. **Kontaktperson A gab der SFH an, dass auch das Risikoprofil der betroffenen Person XY den von ITJP identifizierten Fälle entsprechen: So würden ehemalige LTTE-Mitglieder darunterfallen; darunter auch Personen, die**

die LTTE vor langer Zeit verlassen hätten, aber weiterhin bei den Behörden «negatives» Interesse zu wecken schienen. Dieses Muster sei von ITJP oft beobachtet worden. [...] Die SFH hielt in einem Bericht im Jahr 2018 mit Bezug auf die Dokumentation von ITJP-Entführungs-Fällen fest, dass auch eine **«schwache» Verbindung zur LTTE dazu führen kann, dass Personen entführt und gefoltert werden. So wiesen Betroffene in dokumentierten Fällen eine schwache Verbindung oder eine rangniedere Mitgliedschaft zur LTTE auf, die sie vorgängig den Behörden nicht angegeben hatten, ausserdem hatten sie keine «Rehabilitation» durchlaufen. In einigen Fällen bestand die Verbindung der entführten und gefolterten Personen lediglich darin, dass ein Familienmitglied Mitglied der LTTE war. So waren unter den Betroffenen auch Nachkommen von ehemaligen LTTE-Kämpfer_innen und selber zu jung, um LTTE-Kämpfer_innen gewesen zu sein. Auch frühere Berichte von ITJP weisen darauf hin, dass direkte und indirekte Verbindungen zur LTTE Faktoren sind, die zu einer Gefährdung beitragen können.»** Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Sri Lanka: Folter, Entführung und Reisepassbeschaffung, 2. Juli 2021, S. 5: https://www.ecoi.net/en/file/local/2056175/210702_Lka_Abduction_Torture_Passport_anonym.pdf

SFH, 2020:

*«Auch Kontaktperson M, die im akademischen Bereich im Norden tätig ist, weist darauf hin, dass **ehemalige LTTE-Mitglieder häufig von den Behörden überwacht werden. Personen, die innerhalb der LTTE einen hohen Bekanntheitsgrad hatten, müssten noch verstärkt mit einer solchen Überwachung rechnen. 51 Zahlreiche ehemalige LTTE-Mitglieder müssen sich zudem regelmässig auf Polizeistationen melden. Einige der Betroffenen müssten sich jede Woche auf einer Polizeistation melden, andere jede zweite Woche und wieder andere jeden Monat. 52***

*Die Angst vor dem «Verschwindenlassen» der ehemaligen LTTE-Mitglieder besteht weiterhin.⁵³ Nach den am 30. Oktober 2019 telefonisch erhaltenen Informationen der Kontaktperson D sei das Risiko, Opfer von «Verschwindenlassen» zu werden, seit 2015 zwar im Vergleich zu den Kriegsjahren und der unmittelbaren Nachkriegszeit stark gesunken. Jedoch bestehe die Angst vor dem «Verschwindenlassen» weiterhin. **Ex-LTTE-Mitglieder, insbesondere diejenigen, die sich aktiv an Kämpfen beteiligt hatten, befürchten laut der Kontaktperson D, dass sie eines Tages verhaftet werden und zum Opfer von «Verschwindenlassen» würden.⁵⁴***

Ehemalige LTTE-Mitglieder werden oft von Sicherheitskräften unter Druck gesetzt.⁵⁵ Kontaktperson A gab der SFH an, dass eine ungleiche Anwendung der Gesetze in Bezug auf ehemalige LTTE-Mitglieder zu beobachten sei. Durch die Kenntnis zahlreicher Informationen über die Hintergründe ehemaliger LTTE-Mitglieder könnten die Sicherheitskräfte demnach grossen Druck auf ehemalige LTTE-Mitglieder ausüben, indem sie ihnen mit einer Strafverfolgung drohen. Dies ermögliche es den Sicherheitskräften, die ehemaligen LTTE-Kämpfer leicht zu manipulieren und zur «Kollaboration» zu zwingen. Auch wenn die Betroffenen bereits eine «Rehabilitation» in einem Lager durchlaufen hätten, verhindere dies nicht, zum Ziel solcher Druckversuche der Sicherheitskräfte zu werden. So werde ehemaligen LTTE-Mitgliedern, die sich einer Rehabilitation unterzogen haben, keine Amnestie gewährt, sondern sie riskierten, jederzeit wieder verhaftet zu werden. ⁵⁶ Kontaktperson E wies darauf hin, dass die ehemaligen LTTE-Mitglieder unter starker

Kontrolle stehen würden und sich nach ihrer Rehabilitierung absolut einwandfrei verhalten müssten, um nicht wieder zum Ziel der Behörden zu werden.⁵⁷

Willkürliche Anklagen und Verhaftungen. Ex-LTTE-Mitglieder als leichte Ziele.⁵⁸ Ehemalige LTTE-Mitglieder werden von den Sicherheitskräften überwacht und ihre Hintergründe sind bekannt. Sie seien daher ein leichtes Ziel der Strafverfolgungsbehörden und können leicht aus Gründen, die sich ihrer Kontrolle entziehen, verhaftet werden, erklärte Kontaktperson E. ⁵⁹ Am 30. November 2018 wurden zwei diensthabende Polizeibeamte an einem Checkpoint in Batticaloa ermordet. Ein ehemaliger LTTE-Kader wurde in der Folge verhaftet und unter Anwendung des Antiterrorgesetzes Prevention of Terrorism Act (PTA) inhaftiert, wie Tamil Guardian berichtete. Er wurde sechs Monate später freigelassen, und es wurde keine Anklage gegen ihn erhoben. ⁶⁰ Laut der Kontaktpersonen E und D sei der oben genannte Fall von Batticaloa typisch und **ehemalige LTTE-Mitglieder könnten leicht gewöhnlicher Verbrechen willkürlich und fälschlicherweise angeklagt werden und so als Sündenböcke dienen. ⁶¹». Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Sri Lanka: Witwe eines hochrangigen LTTE-Mitglieds, 8. Mai 2020, S. : https://www.ecoi.net/en/file/local/2030985/200508_LKA_LTTE_Witwe_anonym_01.pdf**

USDOS, 2024:

«Impunity remained a significant problem characterized by a lack of accountability for abuses, particularly regarding government officials, military, paramilitary, police, and other security-sector officials. Civil society organizations asserted the government, including the courts, was reluctant to act against security forces alleged to be responsible for abuses. During the year, civil society organizations reported some Tamils from the north alleged police illegally detained and tortured them and questioned them regarding connections to the LTTE or participation in protests. [...] Arbitrary Arrest: The HRCSL received numerous complaints of arbitrary arrest and detention. Police sometimes held detainees incommunicado, and lawyers had to apply for permission to meet clients, with police frequently present at such meetings. In some cases, unlawful detentions reportedly included interrogations involving mistreatment or torture. In August the government stated a de facto moratorium on the use of the PTA had been in effect since March 2022. Despite this there were reports of at least 15 arrests under the PTA. This included nine Tamils arrested in November for alleged use of illegal symbols or images glorifying the LTTE during participation in LTTE Great Heroes Day, an annual event to commemorate fallen LTTE fighters. [...] Throughout the country, but especially in the north and east, Tamils reported security forces regularly monitored and harassed members of their community, especially activists, journalists, NGO staff, and former or suspected former LTTE members.»
Quelle: US Department of State (USDOS), 2023 Country Report on Human Rights Practices: Sri Lanka, 23. April 2024: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107680.html>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.